CDU Fraktion Hürtgenwald

SPD Hürtgenwald

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Herrn Bürgermeister
Stephan Cranen
August-Scholl-Str. 5
52393 Hürtgenwald

Hürtgenwald, 30. April 2026

Antrag zur Ratssitzung am 21. Mai 2025 – Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Cranen, lieber Stephan,

die Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beantragen gemeinsamen die Verabschiedung einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2026 mit folgenden Hebesätzen:

Grundsteuer A	995 v.H.
Grundsteuer B	1.150 v.H.
Gewerbesteuer	510 v.H.

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 16.04.2026 hat der Gemeinderat weder einen Haushalt noch eine Hebesatzsatzung für das Jahr 2026 beschlossen. Der damit verbundene Rückfall auf die seit 2017 unveränderten Hebesätze des Vorjahres ist für die Gemeinde mit dauerhaften, fiskalisch nicht tragbaren Mindereinnahmen verbunden. Die nunmehr moderat anzupassenden Hebesätze entsprechen weitgehend den im Jahr 2025 empfohlenen aufkommensneutralen Hebesätzen und kompensieren perspektivisch für die im vergangenen Jahr nicht durchgeführte Anpassung. Uns ist bewusst, dass die erheblichen gestiegenen Aufwendungen damit nicht ausgeglichen werden können.

CDU Fraktion Hürtgenwald

SPD Hürtgenwald

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Anpassung geht einher mit der politisch mehrheitsfähigen Absicht, auch auf der Ausgabenseite des Haushalts in der laufenden Legislatur Konsolidierungsschritte zu ergreifen. Dazu zählen:

- Der Stellenplan der Gemeinde wird keine weiteren Ausweitungen erfahren. Die beantragte halbe Stelle für das Ordnungsamt wird abgelehnt.

- Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans in 2027 wird genutzt, um die Ausgaben für Feuerwehrgerätehäuser und Fahrzeuge zweckmäßig und kostenbewusst auf das absolut notwendige, sicherheitsrelevante Ausmaß zu begrenzen.

- Die Übernachtungssteuer wird erhöht.

- Die Friedhöfe der Gemeinde werden unter der Zielsetzung einer erheblichen Flächenreduktion einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen. Die freiwerdenden Flächen sind zu entwickeln.

- Das Junkerhaus in Simonskall wird - soweit wirtschaftlich vertretbar – unter Wahrung touristischer Belange der Gemeinde veräußert.

- Die Pachtentgelte für gemeindeeigene Flächen werden an die aktuellen Marktentwicklungen angepasst.

- Die gemeindlichen Printmedien werden unter Berücksichtigung laufender vertraglicher Vereinbarungen digitalisiert.

Elektr. Gez.

Jörg Simon CDU	Dirk Pongs SPD	Christian Bergs B90/Die Grünen